

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/47. Jahrgang

Dezember 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Henning Mächerle Direktkandidat der DKP

Im November fand in Gießen eine Mitgliederversammlung der Gießener DKP statt. Nach einer kurzen Einführung durch Michael Beltz, der noch einmal die Notwendigkeit der Teilnahme an der Bundestagswahl erläuterte, wurde Henning Mächerle einstimmig als Direktkandidat gewählt. Er ist 48 Jahre alt, Betriebsratsvorsitzender und Systemadministrator in einer Gießener Bildungseinrichtung. „Gegen Kriegsvorbereitung und Kriegsführung sowie die weitere Verarmung eines großen Teiles der Bevölkerung muss eine Kraft auftreten – und das ist die DKP“, so der Kandidat in seiner Rede.

Einig waren sich die Anwesenden darin, dass sich Kommunisten für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen, der Rentner und der Kranken einsetzen. Und einig waren sie sich, als Kandidat für diese Wahlen Henning Mächerle aufzustellen, der nicht nur für die genannten Ziele auftritt, sondern auch in der ersten Reihe steht, wenn der Kampf gegen Rechts geführt wird. M.B.

Inhalt:

Wer hat Interesse am 9. November?	S.2
Aus dem Stadtparlament	S.3
Klimagipfel/Strom/Rente	S.4
Sonntagsverkauf/Buchtipps:Armut	S.5
Kein Greifgedenken/SDAJ outet Jordan	S.6
LLL-Demo/Solidarität mit Rojava	S.7
DKP zu Merkel/Weinen um Obama	S.8



Sonntags nie? Für den Profit immer!

„Liebigs Suppenfest“ fand am 5. November statt – und die Geschäfte blieben zu; das hatte das Verwaltungsgericht Kassel so entschieden.

Streitfall Sonntagsöffnung

Vorausgegangen waren heftige Auseinandersetzungen einschließlich verbaler Verunglimpfungen zwischen der „Allianz für den freien Sonntag“ und der Stadt Gießen bzw. dem Einzelhandel.

Stadtverordneter Walldorf (SPD) kündigte seinen Austritt aus der Kirche an, und „Monsignore“ Heil rügte: „Kirchenvertreter bevormunden nicht nur die Geschäftswelt, sondern die eigenen Leute.“

Seit Jahren währt der Streit zwischen Handel und Gewerkschaft über Anzahl und Berechtigung von verkaufsoffenen Sonntagen, die laut Verordnung bis zu viermal im Jahr stattfinden

den dürfen. Voraussetzung ist das Stattfinden eines Sonder-Ereignisses, das dies zur Versorgung der Menschen erforderlich macht.

Diese Regelung gab es früher nicht. Da galt ohne Einschränkung, dass an Sonn- und Feiertagen nicht gearbeitet werden darf (mit Ausnahme von Krankenhäusern, Polizei, Gastronomie etc.).

Arbeitnehmerschutzgesetz

Vergessen (oder verdrängt?) wird in diesem Streit, dass das Ladenschlussgesetz kein Gesetz ist zur Regelung des Wettbewerbs oder der öffentlichen Ordnung. Es ist ein sog. „Arbeitnehmerschutzgesetz“ wie zum Beispiel auch das Arbeitszeitgesetz und der 8-Stunden-Tag. Es schützt die abhängig Beschäftigten vor dem

(Fortsetzung auf Seite 2)

Für Frieden und Sozialismus!



Wer hat Interesse am 9. November?

Seit 1978 finden in Gießen regelmäßig Veranstaltungen zum Jahrestag der Reichspogromnacht am 9. November 1938 statt.

Zu den Zeiten des kalten Krieges hatte die sogenannte „bürgerliche Öffentlichkeit“ wenig Interesse an diesem Datum. Das änderte sich mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten.

Das „neue“, „wiedervereinigte“ Deutschland schickte sich an, an seine alte imperialistische Tradition anzuknüpfen. Ein großes Problem war dabei die Frage: wie mit dem deutschen Faschismus umgehen. Wollte man doch zukünftig die machtpolitischen und ökonomischen Interessen unter dem Deckmantel des Schutzes von Menschenrechten und im Rahmen der „westlichen Wertegemeinschaft“ durchsetzen.

Eine Strategie setzte sich dabei durch: Die Historisierung des deutschen Faschismus.

Das ist alles Vergangenheit und die herrschende Klasse hat und hatte damit nichts zu tun.

Man reduzierte den Faschismus in erster Linie auf den Antisemitismus. Der irgendwie in der deutschen Gesellschaft verankert war und sich bei den „Deutschen“ Bahn brach. In diesem Zusammenhang spielten jetzt plötzlich auch historische Daten wie der 9. November 1938 eine Rolle. Der Opfer sollte gedacht werden, ohne Zusammenhänge zu den politischen

Verhältnissen heute herzustellen. Damit wollte man die historische Erinnerung politisch unwirksam machen. Alles sollte vermieden werden, was eine Verbindung zwischen den Eliten damals und heute herstellen konnte. In Gießen führte dies zu ständigen Auseinandersetzungen um den 9. November. Soll er nur ein Gedenkdatum sein, soll er mahnen – so etwas darf sich nicht wiederholen – oder soll er deutlich machen, dass der Kapitalismus die Basis jeder faschistischen Entwicklung ist?

Meist gelang es linken Kräften die Aktionen um den 9. November herum wesentlich zu beeinflussen. Die Gedenkveranstaltung der Stadt Gießen und die traditionelle Demonstration fanden meist ohne Bezug aufeinander statt.

Mit dem Auftauchen der sogenannten „Antideutschen“ erreichte die Verschleierung der Ursachen von Faschismus einen neuen Höhepunkt. Faschismus war jetzt eine deutsche Spezialität, welche irgendwie im deutschen „Wesen“ lag. Das eröffnete für Teile der „bürgerlichen Zivilgesellschaft“ in Gießen die Möglichkeit, den 9. November wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Ein „antideutsches“ Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus meldete für mehrere Jahre den traditionellen Mahngang an und versuchte dadurch das Datum politisch neu zu besetzen. Linke und fortschrittliche



Kranzniederlegung am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus vor dem Rathaus während der Kundgebung am 9.11.

Kräfte organisieren deswegen seit einigen Jahren eine Kundgebung unmittelbar vor dem Mahngang, um der Entpolitisierung des Datums etwas entgegen zu setzen.

Henning Mächerle

(Fortsetzung von Seite 1)

Sonntags nie?

totalen Zugriff der Unternehmer auf ihre Arbeitskraft rund um die Uhr. Solche Schutzmechanismen waren bei der Gründung der BRD bewusst verankert worden, um die Allmacht der Großindustrie einzuschränken, die mit ihrer Profitsucht den Krieg verursacht hatte (und in Nürnberg auf der Anklagebank der Kriegsverbrecher saß). Dazu zählt auch Artikel 14 des Grundgesetzes, nach dem „Eigentum verpflichtet“ und „zum Wohl der Allgemeinheit enteignet“ werden kann. Dazu zählt z.B. auch Artikel 87 des Grundgesetzes, nach dem Post und Bahn nicht hätten privatisiert werden dürfen.

Vorrang nur noch für Profit

Das alles ist Makulatur. Inzwischen ist unsere Verfassung (von denen, die vorgeben, sie zu verteidigen) vollkommen den Interessen des Kapitals angepasst und allen Bereichen des öffentlichen Lebens der Profitmacherei untergeordnet worden - eben auch etwas so Banales wie der freie Sonntag und das Ladenschlussgesetz. - Die weitere Aufweichung des 8-Stunden-Tages wird von Arbeitsministerin Nahles (SPD) gerade vorbereitet...

Erika Beltz



Peter Gauweiler, CSU-Politiker, am 10.11.16 in Gießen:

"Wir bombardieren vier muslimische Länder nacheinander und fordern dann, es müssten die Fluchtursachen beseitigt werden. Warum lassen sich die Leute so etwas überhaupt noch bieten?"

Aus dem Stadtparlament

Wohnraumunterversorgungskonzept durchgewunken

Nur die Fraktion "Gießener Linke" stimmte auf der letzten Stadtverordnetenversammlung gegen das „Wohnraumversorgungskonzept“. Dafür stimmte die Koalition aus SPD, CDU und Grüne sowie die AfD – der Rest enthielt sich.

In der Diskussion wurde mehrfach betont, dass dies lediglich ein Handlungsrahmen sei, der „nachjustiert“ und „evaluiert“ werden müsse und an den man sich halten könne – oder auch nicht. Die Nachfrage, was dieses knapp 100seitige Zahlenwerk, dessen zugrunde liegenden Angaben zudem umstritten sind, gekostet habe, blieb unbeantwortet.

Es ist allenfalls eine Bestandsaufnahme ohne konkrete notwendige Maßnahmen – ein Konzept der Verwaltung der bestehenden Unterversorgung von Wohnraum in Gießen, vor allem von bezahlbarem (vgl. Gießener Echo Nov./2016).

Insgesamt ist das Konzept in keiner Weise dazu angetan, an der Wohnungsnot in Gießen etwas zu ändern. Dazu müsse man, so hatte OB Gra-

be-Bolz in ihrer Einführungsrede betont, sehr tief in die Tasche greifen und verwies auf die Verantwortung der Bundesregierung. Da hat sie recht, obwohl es auch ihre Partei, die SPD, ist, die dafür mitverantwortlich ist.

Als Michael Beltz dies später wiederholte, kamen denn auch Missbilligungsrufe aus allen Reihen.

Er nannte zum einen die Hessische Verfassung, in der die ausreichende finanzielle Versorgung der Kommunen vorgeschrieben ist – und gegen die permanent verstoßen wird.

Er nannte zum anderen die Steuerpolitik aller Bundesregierungen, die Milliarden für Militär und Kriege ausgeben, während an Sozialausgaben gespart wird, die den ins Unermessliche steigenden Reichtum nicht besteuern, während die Armen immer mehr werden.

Dass auch die Wohnungsnot in Gießen, wie viele andere Missstände, Folge kapitalistischen Wirtschaftens ist, hören die Stadtverordneten der bürgerlichen Parteien nicht gern.

Erika Beltz

Gießener Linke bringt Magistrat auf Trab

Die Stadt Gießen hat unter dem Druck der „Gießener Linken“ im Parlament und wissbegierigen Teilen der Bevölkerung, wie der Bürgerinitiative „Wies-eckau“, ihre jahrelange Geheimhaltungsstrategie über geplante Baumfällungen aufgeben müssen. Noch vor einem Jahr wurde kategorisch behauptet, dass so etwas nicht vorgesehen sei.

Jetzt, nach einem Antrag von Martina Lennartz für die „Gießener Linke“ (Linke, Linkes Bündnis, DKP) auf Veröffentlichung, wurde die Baumfällliste aus dem Hut gezaubert und veröffentlicht.

Nun, „Liste“ ist übertrieben, denn die genauen Standorte der zu fällenden Bäume wie sie im bestehenden Baumkataster aufgeführt sind werden nicht angegeben (als gäbe es keine GPS-Daten).

Auch Angaben wie „Pflanzjahr“ oder „Höhe des Baumes“ bleiben im Verborgenen. Hier soll wohl eine Nachprüfbarkeit durch Unübersichtlichkeit verhindert werden. Dabei gab es eine übersichtliche Liste im Vorfeld der Landesgartenschau 2014, als 174 Bäume gefällt werden sollten. Es wäre also für das Gartenamt durchaus zumutbar, eine solche Liste zu erstellen.

Der eigentliche „Pferdefuß“ wird aber erst sichtbar, wenn man das offen legt, was nicht in der Liste steht: Privatinvestoren in der Baubranche können schalten und fällen wie sie wollen. Ihnen wird kein Riegel von der Stadt Gießen vorgeschoben. Der Magistrat und seine tragenden Parteien setzen ihnen keine Grenzen, wie das in anderen Städten möglich ist.

Jüngstes Beispiel: 20 Parkbäume sollen am Aulweg im Zuge eines Bauprojekts der JLU gefällt werden.

Die „Gießener Linke“ muss noch viele dicke Bretter bohren, um den Baumbestand in Gießen zu retten. Gießen hat es dringend nötig: Denn unsere Stadt ist verseucht durch Stickstoffdioxid. 2015 wurde der Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid je Kubikmeter Luft im Jahresmittel überschritten. Damit gehört Gießen hessenweit zur Spitze.

M. Berger



Wildtiere: Schaufensterantrag der Koalition

Es solle geprüft werden, inwieweit ein Verbot in den Zirkussen für Wildtiere gefordert und eventuell durchgesetzt werden soll. - Der Hinweis des Fraktionsvorsitzenden der Gießener Linken, auch den Reptilienverkauf in der Hessenhalle zu verbieten, wurde nicht aufgenommen. Es blieb beim Prüfantrag nach dem Motto: was du heute kannst besorgen, verschiebe doch auf Morgen. M.B.

Klimakonferenz: nichts wird besser

Wieder mal trafen sich tausende Politiker, Experten und Interessenvertreter zu einer Klimakonferenz, dieses Mal auf dem afrikanischen Kontinent in Marrakesch. Seltsamerweise waren am Ende alle zufrieden, auch die Vertreter von Umweltverbänden. Sieht man sich die Ergebnisse an, kann man sich darüber nur wundern. Wie immer wurden wieder schöne Versprechungen für 2030 oder 2050 gemacht, an konkreten Sofortmaßnahmen mangelt es.

Typisch ist das deutsche „Klimaprogramm“. Alle konkreten Vorgaben an Industrie, Landwirtschaft und Verkehr wurden von den jeweils zuständigen Ministerien gestrichen, übrig blieben Maßnahmen, die in ferner Zukunft liegen und die von den nächsten Politikergenerationen durchgesetzt werden müssten. In den nächsten Jahren passiert nichts weiter als der weitere Zubau von Photovoltaikanlagen und Windrädern – als könnte man damit eine kontinuierliche Stromversorgung erreichen, ein

paar mehr Elektroautos und Wärmedämmungen an Gebäuden, bezahlt von den Mietern. In der Realität stehen alle Zeichen auf mehr CO₂-Ausstoß.

Die Autos werden immer schwerer, die Landwirtschaft immer industrieller und damit umweltschädlicher, es



gibt immer mehr Warentransporte und mehr Luftverkehr. Eine Erkenntnis bestätigt sich immer wieder:

Es gibt keinen grünen Kapitalismus. Ein Ende oder auch nur eine deutliche Verringerung der Klimaerwärmung wird es nur geben, wenn die Macht der Konzerne überwunden wird – und dabei helfen keine Konferenzen, sondern nur der gemeinsame Kampf der Völker. Gernot Linhart



Strom wird teurer

Die Stadtwerke erhöhen wieder die Strompreise, dieses Mal wird die Grundgebühr um 25 Euro pro Jahr erhöht. Das trifft besonders Haushalte mit niedrigem Stromverbrauch, z.B. Einzelhaushalte. Bei Stromspargern kann die Erhöhung deutlich mehr als 5% ausmachen. Bei Beziehern von Hartz IV oder Grundsicherung gehen von den paar Euro mehr, die sie 2017 bekommen, gleich 2 für diese Erhöhung drauf. Begründet wird die Preissteigerung vor allem mit gestiegenen Netzentgelten. Die Stromnetze wurden vor einigen Jahren an renditeorientierte Anleger verkauft, mit einer Profitgarantie von bis zu 9%. Die Stromnetze gehören in öffentlichen Besitz und sollten kostendeckend betrieben werden, ohne preistreibende Abzocke. Auch die Stadtwerke könnten auf die Preiserhöhung verzichten, wenn ihnen die Kostendeckung reichen würde und nicht der Gewinn im Vordergrund stünde. G.L.

Sinkende Renten – steigende Altersarmut



Unter diesem Titel lud die Gießener Linke zum 2. Linken Ratschlag in den Dachsaaal des Gewerkschaftshauses ein. Es referierte DGB-Sekretär Ulf Immelt (Mitte), dem Referat schloss sich eine lebhaftige Diskussion an. Referat und Diskussion ergaben: Grund für die sinkenden Renten ist nicht die Demographie, sondern politischer Wille der in Berlin herrschenden Parteien. Mit drohender Altersarmut sollen Versicherungen und Banken gewinnträchtige Verträge zugeschanzt werden. Der Rückgang der Renten von 70% (1997) auf jetzt weniger als 50% muss wieder umgekehrt werden. Arbeitsministerin Nahles (SPD) dagegen will sie bei 46% halten.

Links Francesco Arman, rechts Martina Lennartz, die beiden Moderatoren.



Jammern ist das hohe Lied der Händler (und der OB)

Jetzt jammern in trauriger Eintracht Handel und Politik. Haben doch zwei Gerichte entschieden, dass der verkaufsoffene Sonntag in Gießen anlässlich Liebigs Suppenfest rechtswidrig ist (s. Seite 1). OB Grabe-Bolz machte in der Auseinandersetzung keine gute Figur. Anstatt zwischen Handel und der Allianz zu moderieren, schlug sie sich auf die Seite des Handels und genehmigte die (rechtswidrige) Sonntagsöffnung. Dass mittlerweile die Rechtslage sich geändert hat und deshalb auch in anderen hessischen Städten die Sonntagsöffnungen von den Gerichten abgelehnt wurden, nimmt die Politik am Berliner Platz nicht zur Kenntnis. Im Gegenteil: OB, SPD und CDU schreien nach einer Gesetzesänderung; wohl wissend,



dass der Sonntagsschutz in der Verfassung steht. Dass dieses Thema bisher nicht im Stadtparlament behandelt wurde, zeigt deutlich, welche Rolle der Handel, aber auch Schausteller in Gießen spielen. Denn, so der Handel, man brauche die vier Sonntagsöffnungen im Jahr, um gegenüber dem Online-Handel präsent zu sein. Auch alle anderen Argumente kommen einem bekannt vor: Einzelhandelsstandort Gießen gefährdet, Arbeitsplätze in Gefahr, die Mitarbeiter wollen doch auch, und es wird doch Zuschlag bezahlt. Letzteres stimmt nur in wenigen Fällen; viele Verkäuferinnen bekommen kaum Tarif, geschweige denn Mindestlohn. Und gegen den Online-Handel helfen verkaufsoffene Sonntage nicht.

Wie kann eine Lösung aussehen?
 - Sonntagsöffnungen nur nach den strengen Kriterien des Hessischen Sozialministeriums unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung
 - Sonntagsöffnungen nur am Stadtfest und Krämermarkt ohne Außengebiete; dazu eine Öffnung Gewerbegebiet West anlassbezogen sowie eine Öffnung für Herrn Sommerlad ebenfalls anlassbezogen! Das wären dann vier Sonntagsöffnungen in Gießen. Das will doch der Handel! K.N.

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

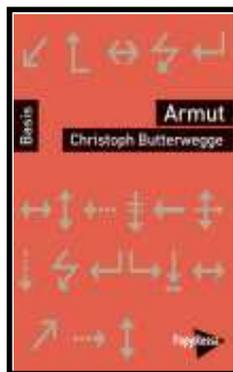
3 WOCHEN GRATIS!

Die Tageszeitung **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

Buchtipps: "Armut" von Christoph Butterwegge

Überall auf der Welt gibt es Armut. Trotzdem spricht kaum jemand darüber. Einerseits wird das Thema oft verdrängt, weil man selbst in die Armut „abrutschen“ könnte. Andererseits suggerieren die bürgerlichen Medien auch hierzulande, dass es bei uns Armut gar nicht gäbe, es sei nur ein „Jammern auf hohem Niveau“. Christoph Butterwegge nimmt sich in seinem neuesten Buch der Thematik an. Dabei verzichtet er bewusst auf Kolonnen von Zahlen diverser Statistiken, sondern erhellt Hintergründe und stellt Zusammenhänge her. In seiner interessanten historischen Betrachtung des kontrovers diskutierten Armutsbegriffs greift der Autor auf die wesentliche Unterscheidung zurück: Die „absolute Armut“ als existenzielle Mangelerscheinung, bei der die Grundbedürfnisse wie ausreichende Nahrung, Kleidung, Wohnung und medizinische Versorgung nicht befriedigt werden können, und die „relative Armut“, wenn



PapyRossa Verlag
Köln, 131 Seiten, 9,90 Euro, ISBN 978-3-894438-625-2.

man sich am gesellschaftlichen Leben nicht beteiligen kann und den allgemein üblichen Lebensstandard in seinem Land deutlich unterschreitet. Letzteres ist auch in Deutschland vorherrschend. In offiziellen Berichten werden die Ursachen und Wirkungen daher gern vertauscht. So seien Menschen arm, weil sie schlecht gebildet sind, aber eben weil sie arm sind, können sie an guter Bildung nicht teilhaben. Hartz IV würde als Erfolg im Kampf gegen Armut gefeiert, dabei ist dies eine der Ursachen. Der Autor erkennt, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft zwangsläufig Armut hervorbringen und ohne eine grundlegende Änderung der bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse keine Veränderung möglich ist. Dennoch fordert er lediglich einen „interventionsfähigen und -bereiten

Wohlfahrtsstaat“ und sieht in der „solidarischen Bürgerversicherung“, ergänzt durch eine „soziale Mindestsicherung“, die Lösung aller Probleme. Trotzdem ist das Buch für alle diejenigen empfehlenswert, die sich von den Herrschenden und ihren Medien nicht irreführen lassen wollen.

Rainer Grabowski



Kein Helden-Gedenken mehr für Greif

Am Heldengedenktag, auch Volkstrauertag genannt, gedenken die Oberen der Stadt jener, die für Volk und Vaterland ihr Leben gegeben haben. Dies findet in der Regel während einer Feierstunde auf dem Neuen Friedhof statt.

Bisher hatte auch der Vorsitzende des Greif-Verbands Hilmar Jordan im Namen der „soldatischen Verbände“ dort einen Kranz niedergelegt. Da aber die örtlichen 116er sich aufgelöst haben, entfällt dies, und Jordan ist darob „sehr, sehr enttäuscht“ (GAZ, 10.11.16). „Eine Kranzniederlegung durch den Traditi-

mit der AfD ins Stadtparlament eingezogen ist. Eine von ihm daraufhin gestellte Strafanzeige wegen „Beleidigung“ wurde von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen (s. Kasten). OB Grabe-Bolz war gut beraten, die Gunst der Stunde zu nutzen und sich der Greif-Leute zu entledigen, eine Entscheidung, die unsere uneingeschränkte Zustimmung findet. Ewiggestrige dagegen wie E. Schellhase beschimpften in Leserbriefen die OB, die den tapferen und fairen deutschen Soldaten nicht ihre Ehre nehmen könne und die sich durch ihr skandalöses

Verhalten selbst gerichtet habe (GAZ, 23.11.16). Abgesehen von all dem ist das Heldengedenken mehr als fragwürdig, wird doch in einem Atemzug an Täter und Opfer gedacht, an die Toten beider Weltkriege (gleich wer der Aggressor war) sowie an die Opfer von „Terror,

Gewalt und Willkürherrschaft“. Damit ist vermutlich nicht die Gewalt gemeint, die auch von deutschen Soldaten und Waffen bei ihren Kriegen (genannt „Auslandseinsätze“) angewandt wird und nicht die Willkürherrschaft, mit der die internationalen Konzerne die Welt unter sich aufteilen und ausbeuten.

Michael Beltz



onsverband ehemaliges Kampfgeschwader 55 schließe ich aus“, so OB Grabe-Bolz (dto.).

Dies dürfte im Zusammenhang damit gesehen werden, dass das Gießener Echo im April auf den Skandal hingewiesen hat, dass mit Jordan, der seine Hauptaufgabe in der Ehrung von Nazi-Kriegsverbrechern sieht, ein Faschist

Aus der Begründung der Staatsanwaltschaft:

„... Eine... Schmähkritik kann in dem vorliegenden Fall nicht angenommen werden, da die Bezeichnung als Faschist nicht unabhängig von einer inhaltlichen Thematik gefallen ist: Die Bezeichnung wurde vielmehr im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Anzeigerstatters als Vorsitzender des „Kampfgeschwaders 55 Greif“ und damit im Zusammenhang mit einem Thema, das in der Vergangenheit wiederholt Gegenstand politischer Kontroversen war, benutzt...“ Und: „... Bei dieser Interessenabwägung ist auch zu berücksichtigen, ob sich der Betroffene selbst aus eigenem Entschluss den Bedingungen des Meinungskampfes unterworfen hat. Derjenige, der sich mit Stellungnahmen in die öffentliche Diskussion eingeschaltet hat, muss eine scharfe Reaktion auch dann hinnehmen, wenn sie sein Ansehen mindert...“

Will wer Friedrich Feld behalten?



Vor mehr als einem Jahr legte die damalige Friedrich-Feld-Schule ihren Namen ab.

Der Namensgeber war als Nazi entlarvt worden, nach öffentlichem Druck entschloss sich das Lehrerkollegium endlich zu diesem überfälligen Schritt. Vor ein paar Wochen erhielt die Schule einen neuen Namen – Wirtschaftsschule am Oswaldsgarten.

Aber wie präsentiert sich die Einrichtung immer noch nach außen? Unser aktuelles Foto zeigt es.

G.L.

SDAJ "outet" Hilmar Jordan

Vor der letzten Sitzung des Stadtparlaments demonstrierten Mitglieder der SDAJ unter dem Motto „Mehr Geld für Bildung statt für Militär und Rüstung“ vor dem Rathaus gegen den AfD-Abgeordneten Jordan.



Per Steckbrief outeten sie ihn: „Gesucht wegen der mutmaßlichen Verbreitung von Rassismus und Kriegshetze“. Ob diese Aktion Jordan dazu veranlasste, das

Parlament vorzeitig zu verlassen, konnte nicht geklärt werden.



Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 15. Januar 2017 in Berlin

um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

Krieg, so Rosa Luxemburg während des 1. Weltkrieges, »ist ein methodisches, organisiertes, riesenhaftes Morden«. Die Kriegsprofiteure meuchelten Rosa und Karl und viele ihrer Weggefährten für diese Unbestechlichkeit des Denkens und Handelns. Es folgte das Massenmorden des deutschen Faschismus. - Und heute warnen Fidel Castro, Papst Franziskus und ungezählte andere Menschen vor dem nuklearen Inferno. Kriege und kriegerische Konflikte überziehen die Erde. 60 Millionen sind auf der Flucht vor Krieg, Terror und Hunger. Zynisch machen Nazis gerade diese geschundenen Men-

schen verantwortlich für die Sorgen derer hierzulande.

Und die Ausbeuter teilen und herrschen, betreiben Sozialabbau, bauen am Überwachungsstaat, schnüren die Asylpakete, liefern Waffen in Krisengebiete, lassen töten mittels Drohnen, schicken Soldaten - machen so Profit. Demonstrieren wir - Linke verschiedener Couleur - am 15. Januar 2017 friedlich für die Solidarität unter den Ausgebeuteten, wo immer sie geboren sind. Demonstrieren wir gegen Kriege und gegen Faschisten - für eine sozial gerechte und solidarische Welt. Dafür kämpften und starben Rosa und Karl. Wir führen ihren Kampf weiter.

Dieser Aufruf wird von vielen Einzelpersonen und Organisationen unterstützt,

darunter die DKP sowie Die Linke.

Am Samstag, dem 14. Januar 2017 findet die Rosa-Luxemburg-Konferenz der "jungenWelt" statt unter dem Motto: "Gegen rechts ist nicht genug - sozialistische Alternativen erkämpfen!"

DKP und SDAJ organisieren wieder gemeinsame Zug- bzw. Busfahrten nach Berlin. Abfahrt des Zuges: Freitag, den 13.1. (Darmstadt 12.30 Uhr, Frankfurt 12.58 Uhr). Zurück am 15.1. um 18.03 Uhr. Kosten für Normalverdiener 180 Euro (Zug Hin- und Rückfahrt, 2 Übernachtungen mit Frühstück).

Weitere Infos und Anmeldung: r.keil@t-online.de, 016090244774

Einzelheiten über die Busfahrt können beim Echo erfragt werden.

Die DKP trauert um Fidel Castro



<http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2016/11/dkp-trauert-um-fidel-castro/>

Solidarität mit Rojava

Am 5. November fand eine Demonstration unter dem Motto „Solidarität mit Rojava“ statt. Mit Losungen wie „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ und „Solidarität heißt Widerstand“ zogen die rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch die Gießener Innenstadt. Sie protestierten gegen den türkischen Präsidenten Erdogan, der Demokraten verhaften, Journalisten verfolgen, Gefangene foltern lässt.



Herzlichen Dank

an alle, die mit großen und kleinen Spenden dazu beigetragen haben, dass das Echo weiter erscheinen kann - und ein besonderes Dankeschön an die monatlichen Daueraufträge. Besonderen Dank auch an den unbekanntesten Spender (oder Spenderin), der uns seit Jahren mit einer im Echo-Kopfeingewickelten 2-Euro-Münze (s. Abb.) unterstützt, die wir jeden Monat in unserem Briefkasten finden!



Kritisiert wurde auch die BRD, die das AKP-Regime unterstützt, Waffen liefert und Prozesse gegen türkische und kurdische Aktivisten führt. R.G.

Liebe Leser und Leserinnen,

wir bitten um Bezahlung des Abos und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. - Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion

**Redaktionsschluss für
Januar-Echo: Mi., 28.12.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Kanzlerin der Armut und des Krieges

DKP zur Kandidatur Merkels
Nachdem Angela Merkel am Sonntag verkündet hatte, dass sie wieder als Kanzlerkandidatin antreten will, sagte Patrik Köbele, der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP):

„Nein, Angela Merkel ist nicht die Kanzlerin, die aus Nächstenliebe die Grenze für Verfolgte geöffnet hat, sie ist auch nicht die Kanzlerin, die das Land stabil durch die Krise lenkte, wie uns die Mainstream-Medien vormachen wollen.

Merkels angeblich christliche Asylpolitik lief darauf hinaus, das Grundrecht auf Asyl zu schleifen. Sie hat die Verantwortung für die Versorgung der Flüchtlinge auf Ehrenamtliche und Kommunen abgewälzt, sie hat den Unternehmen ermöglicht, Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte zu benutzen. Merkels Politik in der Wirtschaftskrise bedeutete, die deut-

schen Konzerne stark zu machen, indem hier im Land die Löhne niedrig bleiben. Für die Stabilität der deutschen Wirtschaft haben die Leiharbeiter und Ein-Euro-Jobber bezahlt – genauso wie die Griechen, deren Wirtschaft die deutsche Exportwalze überrollt hat und deren Sozialsysteme unter dem Schuldendiktat der EU und der Bundesregierung zerschlagen worden sind. Merkels Weltoffenheit besteht darin, die Welt für deutsche Konzerne zu öffnen – mit asozialen Freihandelsabkommen, mit blutigen Bundeswehreinmärschen.

Angela Merkel ist die Kanzlerin der sozialen Spaltung, der Armut, des Krieges. Sie will es bleiben. Machen wir uns keine Hoffnungen darauf, dass die nächste Bundesregierung eine sozialere Politik machen wird – Verbesserungen kann es nur geben, wenn die arbeitenden Menschen selbst dafür kämpfen.“

Weinen um Obama

Nach dem Wahlsieg des Demagogen und Multimilliardärs Donald Trump erinnern sich gegenwärtig viele gern an ihre Euphorie, die den ersten Wahlsieg Obamas im Jahr 2008 begleitet hatte. Mit dem zweifelsohne historischen Amtsantritt des ersten schwarzen Präsidenten in der Geschichte der USA verbanden sich damals Hoffnungen auf die Überwindung der größten sozialen Ungerechtigkeiten. Auch die von seinem Amtsvorgänger George W. Bush begonnene Besetzung des Irak versprach Obama zu beenden.

Die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten: Nachdem die meisten US-Soldaten den Irak verlassen hatten, stürzte sich Washington bald in den Syrien-Krieg und rüstete die dort gegen die Regierung kämpfenden islamistischen Banden auf – mit all den bekannten Folgen. In Honduras und Paraguay wurden zwei Staatsstreich gegen gewählte linke Regierungen mit großem Wohlwollen aus Washington begleitet. In Pakistan und anderswo ließ Obama mit zahllosen unbemannten Drohnen auf vermeintliche Terroristen schießen. Offizielle Zahlen der Regierung von Anfang 2016 sprechen davon, dass seit 2009 circa 2.500 Terroristen, aber »nur« ungefähr 100 unschuldige Zivilisten getötet wurden, doch zeichnen unabhängige Meldungen über »Kollateralschäden« ein anderes Bild.

Mit tatkräftiger Hilfe Frankreichs wurde ein Krieg gegen Libyen entfesselt, dem Abertausende zum Opfer fielen und der das Land in ein bis heute andauerndes Chaos stürzte. Nach der barbarischen Ermordung des ehemaligen Staatschefs Muammar Al-Ghaddafi jubelte Hillary Clinton vor laufender Kamera: »Wir kamen, wir sahen, er starb.« ...

Auch die Hoffnung auf eine Überwindung des Rassismus wurde nicht eingelöst: Nach unzähligen Erschießungen unbewaffneter schwarzer Amerikaner durch meist weiße Polizisten glauben nur noch wenige an Obamas Versprechen einer Gesellschaft, die frei von Diskriminierung ist. Angesichts der wüsten Ausfälle Donald Trumps mag die Obama-Nostalgie verständlich sein. Mit den realen Verhältnissen in den vergangenen acht Jahren hat sie dennoch wenig zu tun. (stark gekürzt aus "junge Welt" vom 19.11.16)

Offenes Treffen gegen Krieg und Rassismus

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat treffen sich um 18 Uhr interessierte Jugendliche im Jugendzentrum „Jokus“, Ostanlage 25a. [facebook.com/otgiessen](https://www.facebook.com/otgiessen).



10 Wochen kostenlos testen

CompressVerlag,
Hoffnungs-Str. 18 ,
45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Danke allen, die mir zu meinem Geburtstag zum Teil mit freundlichen Worten gratuliert haben.

Denjenigen, die aus unerfindlichen Gründen vorgeben, ihn vergessen zu haben, will ich noch einmal verzeihen. (Wiederholungstäter, siehe Strafgesetzbuch)

Michael Beltz

Worte für die Ewigkeit?

„Wenn sie kein Brot haben, dann können sie doch Kuchen essen“, sagte angeblich die französische Königin Marie Antoinette, als sie von der Not ihrer Untertanen erfuhr – und wird dafür bis heute verhöhnt. „Wenn sie Angst vor Altersarmut haben, dann sollen sie doch mehr fürs Alter zurücklegen“, sagen Andrea Nahles und ihre Kumpanen in Politik, Beraterstäben und Wirtschaft über die Menschen, die im von der SPD/Grünen-Regierung geschaffenen „besten Niedriglohnsektor Europas“ kaum das Existenzminimum verdienen. Wird man darüber auch noch in 200 Jahren spotten? Oder müsste dazu erst das herrschende System abgeschafft werden wie es damals passiert ist?

Gernot Linhart

